

Zugehörig fühlen und mitwirken können

Dem angekündigten kommunalen Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer weht ein rauer Wind entgegen. Die Chancen dafür sind nicht rosig. Trotzdem sollten wir uns damit auseinandersetzen, was dieses Recht für seit langem in der Schweiz wohnende AusländerInnen bedeuten könnte.

Soll das Stimm- und Wahlrecht erst der Abschluss einer erfolgreichen Integration sein, oder ist es nicht vielmehr ein wertvoller Schritt dazu? Warum sollen sich Personen mit ausländischem Pass beispielsweise nicht für die Schulbehörde zur Verfügung stellen? Die Gemeinde Wald (AR) kennt das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf Gemeindeebene, ein Holländer war dort im Gemeinderat. Ich sehe nichts, was dadurch institutionell gefährdet wurde.

Ein Teil der ausländischen Bevölkerung würde gerne Verantwortung für ihren Wohnort übernehmen. Die Mitwirkung in Kommissionen oder bei der Feuerwehr ist sicher der bessere Gradmesser für ihre Integration, als Einbürgerungstests in Staatskunde.

Auf kommunaler Ebene wird oft über Dinge abgestimmt, die direkt unser Zusammenleben betreffen. Häufig stehen Bauten, Infrastruktur oder die Alterspflege im Zentrum. Auch die ausländische Bevölkerung zahlt Steuern bei uns. Warum sollen sie über die Verwendung der Steuergelder nicht mitentscheiden dürfen?

Vor Jahren ausgewanderte Auslandschweizer und deren Kinder und Kindeskinde, auch ohne Bezug zur Schweiz, können hier noch in der fünften Generation an den Wahlen teilnehmen. Unsere langjährige ausländische Bevölkerung aber muss auf dieses Recht sogar auf Gemeindeebene verzichten. Die Auslandschweizer sind von ihren Entscheiden für die Schweiz kaum betroffen, wohl aber unsere ansässige, ausländische Bevölkerung.

Viele AusländerInnen fühlen sich seit der Abstimmung über die Initiative zur Masseneinwanderung nicht mehr richtig willkommen. Sie tragen aber wesentlich bei zu unserer Gesellschaft durch ihre tägliche Arbeit als Fachkräfte aller Ausbildungsstufen, im Gesundheitswesen und in der Alterspflege, in der Gastronomie, auf dem Bau oder bei der Entsorgung unserer Zivilisationsabfälle.

Mit dem kommunalen Stimm- und Wahlrecht könnten wir unserer Bevölkerung mit ausländischem Pass ein Quäntchen Mitbestimmung in unserem politischen System zugestehen und damit ihre Zugehörigkeit stärken. Nichts würde dadurch auch nur ansatzweise in Schiefelage geraten.

12.3.2014, Martina Munz